

**WORKSHOP  
„GEFÄHRDUNG DER  
DEMOKRATIE  
DURCH DIE  
EXTREME RECHTE“  
REGIONALKONFERENZEN 2020**

# HERZLICH WILLKOMMEN!

- Kurze Vorstellungsrunde
  - Name
  - Ort
  - Funktion
  - Bündnis vor Ort

# ABLAUF 1. TEIL (HEUTE): INPUTS & DISKUSSION (16.40 BIS 18.30 UHR)

- Begrüßung & sehr kurze Vorstellungsrunde
- Rechte Gewalt und Rechter Terror
- Input: Strategien der extremen Rechten und Rechtspopulisten gegen die Zivilgesellschaft
- Diskussion
- Pause
- Beschlüsse des DGB
  - Beschlusslage OBK, Aktuelles nach Thüringen (Resolution Bundesvorstand)
  - Diskussion
- Handlungshilfe des DGB
- AfD-Strategiepapier und dessen Bedeutung für uns
- Ergebnissicherung

# ABLAUF 2. TEIL (MORGEN): UMSETZUNG

## 10.30 BIS 12 UHR

- Begrüßung
- Was ist von gestern noch offen?
- Wie ist die Lage vor Ort? Arbeit in Kleingruppen und Präsentation im Plenum
- Erstes Brainstorming im Plenum – wie gehen wir damit um?
- Pause
- Gute Praxis: Bündnisse vor Ort schließen und stärken, z. B. in Wahlkämpfen
- Offener Austausch im Plenum anhand von Leitfragen
- Ergebnissicherung

# ZUKUNFTSDIALOG – DIALOGRAUM „DEMOKRATIE UND ZUSAMMENHALT“



# ZUKUNFTSDIALOG – DIALOGRAUM „DEMOKRATIE UND ZUSAMMENHALT“

- Dialograum ist thematisch eigentlich größer
- War noch kein thematischer Schwerpunkt des Zukunftsdialogs, dennoch sind dazu viele Beiträge angekommen
- In diesem Workshop legen wir den Fokus auf die Bedrohung der Demokratie durch die extreme Rechte und Rechtspopulismus

# ZUKUNFTSDIALOG – DIALOGRAUM „DEMOKRATIE UND ZUSAMMENHALT“

- Ausgewählte Beiträge innerhalb des Zukunftsdialogs

Frieden und Demokratie:  
Sozialer Frieden muss  
erhalten werden!

Wir müssen wieder mehr streiten. Aber mit  
Regeln und Respekt. Sehen wir die Welt  
mit deren Augen.

Kein Platz für Nationalisten!

Rechtspopulismus darf so  
nicht greifen!

Angst vor Fremden abbauen

Alltagsrassismus am  
Arbeitsplatz kontern, auf  
falsche Fakten antworten

Es muss etwas gegen Diskriminierung,  
Rassismus und Faschismus und  
Nationalsozialismus gemacht werden!

# RECHTE MORDE UND TERROR IN DEUTSCHLAND



19.2.2020

Hanau

9.10.2019

Halle

2.6.2019

Kassel

## Erst Schüsse auf Büro, nun Morddrohung gegen SPD-Politiker Diaby

Die offenbar rechtsextremen Verfasser der Drohmail bezeichnen sich als "Staatsstreicherorchester". Erst vergangene Woche schossen Unbekannte auf Diabys Büro

sschutz ermittelt

★ 📧 A A A

## Fremdenfeindliches Motiv: Brandanschlag auf Syker Restaurant

- 13.02.2020 -

In einem Restaurant in Syke wurden ein Feuer gelegt und Hakenkreuze an die Wand geschmiert. Der Staatsschutz ermittelt.



Nach Schüssen auf Eritreer – SEK-Einsatz in Hessen  
DIE WELT - 25.07.2019  
Nach Schüssen auf Eritreer – SEK-Einsatz in Hessen ... rassistisch motivierten Anschlag auf einen Eritreer im hessischen Wächtersbach hat es ...  
Nach Bluttat in Wächtersbach: SEK-Einsatz in Erlensee  
Lokale Quelle - Fuldaer Zeitung - 25.07.2019

[Alle ansehen](#)

Doppelbrand in Bremer Jugendzentrum

## Und an der Tür ein Nazi-Sticker

Zwei Feuer richteten erheblichen Schaden im alternativen Kulturzentrum „Die Friese“ in Bremen an. Der Staatsschutz ist eingeschaltet.

KZ Mittelbau-Dora

## Sprengstoff bei KZ-Gedenkstätte gefunden

Im Eingangsbereich der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora in Thüringen ist im Januar ein zündfähiger Sprengkörper entdeckt worden. Die genauen Hintergründe sind unklar.

20. Februar 2020, 19:14 Uhr / Quelle: ZEIT ONLINE, AFP, dpa / 17 Kommentare

Bewohner löschen Feuer

## Brandanschlag auf Soester Flüchtlingsunterkunft gescheitert: Staatsschutz ermittelt!

19.02.20 - 17:37

BRANDANSCHLAG

## Molotowcocktails gegen Greifswalder Jugendzentrum

Die Polizei ermittelt wegen schwerer Brandstiftung in Greifswald. Zwei schwarz gekleidete Männer sollen mit Brandsätzen versucht haben, das Jugendzentrum „Klex“ anzuzünden.

HAGEN

## Nach Brandanschlag auf Moschee – Täter verurteilt

Im Mai 2019 wird auf die Räume der IGMG-Moschee in Hagen ein Brandanschlag verübt. Nun wurde der Täter zu einer Haftstrafe verurteilt.

„Es ist daher notwendig, endlich einzusehen, dass der Rechtsextremismus die größte Gefahr für die Menschen in diesem Land ist. Denn während rechte Terroristen morden, machen sich Rechtsradikale in den Parlamenten breit und bemühen sich nach Kräften, die Demokratie zu beschädigen. Und teils gelingt ihnen das auch, siehe Thüringen.

Was es daher jetzt braucht, ist ein massiver Abwehrkampf gegen die Bedrohung von rechts. Dazu gehört, dass die Sicherheitsbehörden umdenken und sich noch stärker auf rechte Netzwerke konzentrieren müssen. Dazu gehört, dass die demokratischen Parteien alle Flirts mit der AfD einstellen und sich auf die Verteidigung der Demokratie konzentrieren müssen. Und dazu gehört, dass die Gesellschaft sich unmissverständlich dem Gift des Rassismus entgegenstellen muss.

Viel zu lange haben viel zu viele die Gefahr von rechts ignoriert oder kleingeredet. Damit muss jetzt endlich Schluss sein.“ Hanning Voigts in der Frankfurter Rundschau 21. 02. 2020

# STRATEGIEN GEGEN DIE ZIVILGESELLSCHAFT

- Seit Oktober 2017 sitzt die AfD mit 89 Abgeordneten (ursprünglich hatte die Fraktion 94 Mitglieder) im Deutschen Bundestag
- Sie ist in allen Länderparlamenten vertreten
- Umgang mit der AfD beschäftigt die demokratischen Parteien ebenso wie politische Akteure wie Vereine, Verbände, NGOs und Gewerkschaften
- Betrachtung und „Gefahrenanalyse“ der parlamentarischen Arbeit der AfD-Fraktionen im Bundestag und Landtag notwendig
- Beispiele folgen

# STRATEGIEN GEGEN DIE ZIVILGESELLSCHAFT

- Angriffsformate sind:
  - Parlamentarische Anfragen (Kleine und Große Anfragen, z. T. schriftliche Fragen)
  - Gesetzesinitiativen
  - Reden
  - Diskreditierung des Gegners durch Social Media
  - Untersuchungsausschüsse, vor allem dort, wo eine ausreichend große Minderheitsfraktion allein einen PUA einsetzen kann

Kommunismus greift um sich

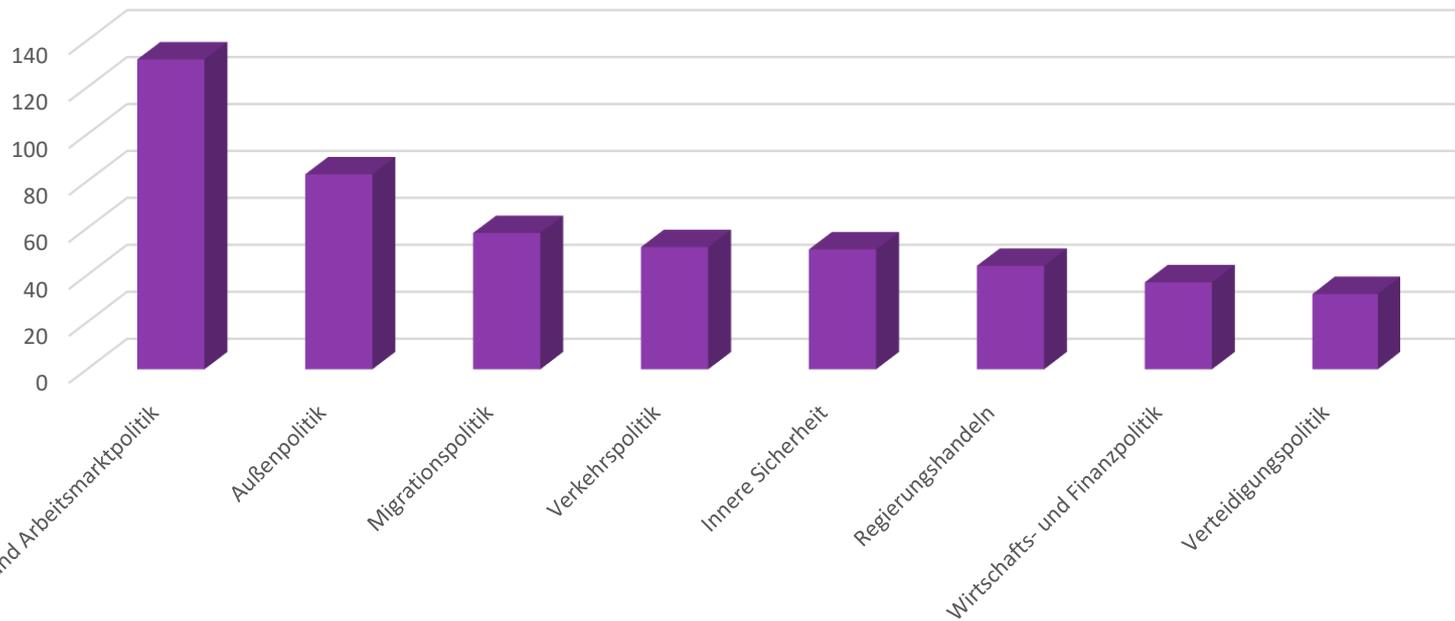
**Noch heute  
bei ver.di  
austreten!**



AfD

# AKTIVITÄTEN DER AfD IM BUNDESTAG 2019

Anfrage-Aktivitäten der AfD im Bundestag 2019 (Auswahl)



# AFD-ANFRAGEPOLITIK

- Unsere Themen rücken stärker in den Fokus
- 2019 wurde bereits sichtbar, dass arbeitsmarkt- und sozialpolitische Themen die Flüchtlings- und Innenpolitik als Hauptbetätigungsfeld abgelöst haben
- Der AfD-Sozialparteitag („Rentenparteitag“) steht im April in Offenburg an
- Die AfD wird versuchen, sich als sozialpolitische Alternative zum „Establishment“ zu verkaufen, dabei sind vor allem die sozial-nationalen Positionen des extrem rechten „Flügels“ eine Gefahr

# BEISPIEL 1: SACHSEN-ANHALT



Landtag von Sachsen-Anhalt

Drucksache 7/4458  
05.06.2019

## Antrag

mehrere Abgeordnete

### Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag von Sachsen-Anhalt setzt gemäß Artikel 54 Abs. 1 der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss ein.

- I. Der Ausschuss soll für den Zeitraum vom 1. Januar 1999 bis zum 21. Mai 2019 untersuchen,
  - A. welche Strukturen des Linksextremismus (Gruppen, Personenpotenzial, Bündnisse, genutzte Immobilien) in Sachsen-Anhalt existieren;
  - B. welche Erfassungskriterien hinsichtlich des Linksextremismus von der Verfassungsschutzbehörde des Landes Sachsen-Anhalt zugrunde gelegt werden und ob und gegebenenfalls wieso diesbezüglich vom Bundesamt für Verfassungsschutz abgewichen wird;
  - C. ob und inwieweit Verbindungen zwischen linksextremistischen Strukturen und den Parteien in Sachsen-Anhalt bestehen;

- C. ob und inwieweit Verbindungen zwischen linksextremistischen Strukturen und den Parteien in Sachsen-Anhalt bestehen;
- D. ob und inwieweit Verbindungen von Gewerkschaften zu linksextremistischen Strukturen in Sachsen-Anhalt bestehen und ob und inwieweit eine Zusammenarbeit oder Unterstützung erfolgt;
- E. ob und inwieweit linksextremistische Strukturen durch öffentliche und private Mittel finanziert werden, insbesondere, ob und inwieweit eine finanzielle Einflussnahme aus dem Ausland erfolgt;
- F. ob und inwieweit eine Infiltration gesellschaftlicher Gruppierungen, etwa von Fußballfanggruppierungen oder der „Fridays for Future“-Bewegung, durch linksextremistische Strukturen in Sachsen-Anhalt festgestellt werden kann;

# BEISPIEL 1: SACHSEN-ANHALT

2

- G. in welchem Maße eine subkulturelle linksextremistische Szene in Sachsen-Anhalt existiert; dabei sind insbesondere die Musikszene und die Red-Skin-Szene zu betrachten;
- H. in welchem Umfang Veröffentlichungen von linksextremistischen Inhalten im Internet und anderen Medien durch linksextremistische Strukturen in Sachsen-Anhalt erfolgen;
- I. in welchem Maße linksextremistische Strukturen rechtswidrig personenbezogene Daten (auch von Personen, die keine Personen des öffentlichen Lebens darstellen) zur Vorbereitung von linksextremistischen Straftaten gesammelt, erfasst und veröffentlicht haben; dabei ist auch zu untersuchen, ob und inwieweit die Verfassungsschutzbehörde des Landes Sachsen-Anhalt auf entsprechende Veröffentlichungen zurückgegriffen hat;
- J. ob und inwieweit eine Unterstützung von Straftätern in Sachsen-Anhalt durch linksextremistische Strukturen insbesondere durch Hilfs- und Gefangenenevereine erfolgt.
- II. Der Untersuchungsausschuss soll unverzüglich die Arbeit aufnehmen.
- III. Der Ausschuss hat 12 Mitglieder und 12 stellvertretende Mitglieder.

nen oder einzelnen Protagonisten der linksextremen Szene. Im Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus“, das laut eigenem Internetauftritt auch in Sachsen-Anhalt (Halle) aktiv ist, wirken beispielsweise prominente und hochrangige Politiker etablierter Parteien auf der einen Seite als auch Linksextremisten auf der anderen Seite mit. So lassen sich auf einem Demonstrationseruf vom 9. März 2017 nicht nur die linksextreme Interventionistische Linke (IL), sondern auch die Ministerinnen Petra Grimm-Benne und Prof. Dr. Claudia Dalbert, in ihrer Eigenschaft als Mitglieder der Landesregierung, als Mitunterzeichner finden.

Dem Bündnis gehört auch **Oliver Greie, Landesbezirksleiter ver.di Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen** an. Das Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus“ rief auch zur Demonstration gegen den Parteitag der AfD in Magdeburg im November 2018 auf. Dem Aufruf hatten sich neben „Blockmd“ sowohl DIE LINKE Magdeburg bzw. Sachsen-Anhalt als auch B'90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt, SPD Magdeburg, ver.di Bezirk Sachsen-Anhalt Nord, „Ende Gelände Magdeburg“ (die IL bezeichnet „Ende Gelände“ als eines ihrer „Projekte“) und das Bündnis „Unheimlich Sicher“ angeschlossen. „Unheimlich sicher“, dem selbst wiederum extremistische Gruppierungen angehören, veröffentlichte auf seiner Facebook-Seite einen Veranstaltungshinweis der linksextremistischen Roten Hilfe Magdeburg.

Durch die Verfassungsschutzbehörde Sachsen-Anhalt wird der IL eine Scharnierfunktion zwischen extremistischen und nicht-extremistischen Gruppierungen und Strömungen zugesprochen.

Auf der 4. Tagung des 5. Landesparteitages der Partei DIE LINKE am 23. April 2016 wurde der Dringlichkeitsantrag gestellt, „Aufstehen gegen Rassismus“ zu unterstützen. Darin heißt es unter anderem zur Begründung: „DIE LINKE, Solid, SDS, Jusos, Falken, Grüne Jugend, Interventionistische Linke, Naturfreunde, **Gewerkschaftsjugend** und der VVN-BDA bildeten den organisatorischen Kern der Kampagne.“ Und weiter: „Auf einer zeitgleich zu unserem Parteitag stattfindende Aktionskonferenz in

# STRATEGIE DER RECHTEN

- Versuch, Antifaschismus als linksextrem zu diskreditieren
- Versuch einer umfassenden Aufklärung der Zivilgesellschaft
- Versuch, gesellschaftliche Kräfte gegeneinander auszuspielen und zur Distanzierung aufzufordern
- Im Extremfall könnten DGB-Funktionsträger\_innen in Untersuchungsausschüssen einvernommen
- → gesellschaftliches Klima, parlamentarische Begleitkampagne zu anderen Formen von Angriffen und Bedrohungen

## BEISPIEL 2: BAYERN

- Die AfD-Landtagsfraktion hat verlangt, dass der Bayerische Jugendring (BJR) die **„Sozialistische Jugend Deutschland – Die Falken“** ausschließt – andernfalls müssten „jedwede Zuschüsse“ für den Zusammenschluss der Jugendverbände gestrichen werden. Die „Falken“ würden „nachweislich der Antifa nahestehen und auch mit Gewalttaten für Schlagzeilen sorgen“, begründete die Fraktion ihre Forderung. Der Jugendring trage „keine Sorge dafür, sich von derartigen Organisationen nachhaltig zu distanzieren und ihnen eine weitere Mitgliedschaft zu versagen“, kritisierte die AfD. (DrS. 18/700, 19.3.2019)

## BEISPIEL 2: BAYERN

- In einer weiteren schriftlichen Anfrage eines AfD-Abgeordneten im Bayerischen Landtag will man von der Staatsregierung wissen:
    - Welche Unterstützung (finanziell und nicht finanziell) bekommen SJD-Die Falken in Bayern (auf der Ebene von Land, Bezirk, Landkreis und Gemeinde)? Für welche Zwecke?
    - Wie bewertet die Staatsregierung den Jugendverband SJD-Die Falken(Gemeinnützigkeit)?
    - Wie bewertet die Staatsregierung „die Organisation Antifa“ und was bzw. wann gedenkt man etwas gegen „die Organisation der Antifa“ zu unternehmen?
- (DrS 18/4318)

## BEISPIEL 3: RHEINLAND-PFALZ

- Hier geht es schon seit 2017 ebenfalls massiv gegen „Die Falken“
- Joachim Paul (stv. AfD-Fraktionsvorsitzender) bezeichnet den Verband als „linksradikal“ – mit Anträgen will die AfD erreichen, dass es „ohne Bekenntnis zum Grundgesetz“ „keine Finanzierung von Feinden der Demokratie und von Extremisten“ geben dürfe
- Ein Jahr später schießt sich die AfD auf die DGB-Jugend Rheinland-Pfalz ein (September 2018): „Wie halten die es mit der Demokratie“? „Ist die DGB-Jugend linksextrem“ bzw. gibt es Zweifel an ihrer Verfassungstreue?
- → es geht immer um die Zerstörung der Reputation
- → es geht um öffentliche Zuschüsse
- → es geht um die Gemeinnützigkeit

## BEISPIEL 4: SACHSEN-ANHALT II

- Der Verein „miteinander e. V.“ betreibt Projekte zur Stärkung der Demokratie und Zivilgesellschaft, darunter auch die Mobile Beratung
- Seit Dezember 2017 steht er unter massivem Beschuss der AfD – in der ersten Großen Anfrage ging es in 236 Einzelfragen um die Aktivitäten, die öffentliche Förderung und viele weitere Details
- Im September 2018 wurde eine weitere Große Anfrage mit 130 Einzelfragen bzw. Nachfragen gestellt und von der Landesregierung beantwortet
- Behauptet wird, der Verein sei eine Agentur von SPD, Linkspartei und Grünen
- Vermutlich das massivste Vorgehen gegen eine Organisation der Zivilgesellschaft bis jetzt

# FAZIT

- Die AfD betreibt mit parlamentarischen Mitteln Feindaufklärung zu betreiben: Strukturen, Finanzierung und Personen, Bündnispartner
- Die AfD inszeniert sich als Opfer – eine demokratisch gewählte Partei werde indirekt durch den Staat bekämpft, in dem dieser Verfassungsfeinde finanziert und sich Linksextremer bedient
- Niemand ist davor gefeit, in den Fokus der AfD zu geraten – das betrifft uns als Gewerkschaften, aber auch Hochschulen und Einrichtungen wie die Bundeszentrale und die Landeszentralen für politische Bildung

# WAS KÖNNEN WIR TUN

- Kleingruppenphase:

Wie können wir uns dem Hass und der Gewalt die durch gesellschaftliche Spaltung entsteht entgegenstellen:

- Handeln vor Ort
- Fordern auf politischer Ebene
- Bündnisse eingehen

# DISKUSSION

- Eure Fragen und Anmerkungen

# BESCHLUSSLAGE DES DGB

- Beschlusslage des Ordentlichen Bundeskongresses des DGB 2018 – Antrag A001
  - Unser gewerkschaftlicher Einsatz für demokratische Werte und gegen Diskriminierungen und Menschenfeindlichkeit jeder Art ist heute besonders wichtig. Immer deutlicher zeigt sich, dass rassistische und menschenverachtende Einstellungen, autoritäre Denkmuster, ein rückwärtsgewandtes Frauen-, Familien- und Gesellschaftsbild und wachsende Gewalt und Gewaltbereitschaft keine gesellschaftlichen Randerscheinungen sind. Rechtspopulistisches Denken und Hass auf die Repräsentanten und Institutionen der Demokratie äußern sich auch auf Internetplattformen, in Social-Media-Kommentaren oder in Talkshows.
  - Obwohl die große Mehrheit der Menschen Extremismus und Ausgrenzung ablehnt, stellen diese Entwicklungen eine ernst zu nehmende Bedrohung für die Demokratie dar. Sie sind ein Angriff auf unsere gewerkschaftlichen Grundwerte und auf unsere von Vielfalt geprägte Mitgliedschaft. Rassismus und andere Formen von Menschenfeindlichkeit, wachsende Gewalt und Gewaltbereitschaft bedrohen das friedliche Zusammenleben in unserer vielfältigen Gesellschaft und die Sicherheit der in Deutschland lebenden Menschen.

# BESCHLUSSLAGE DES DGB

- Beschlusslage des Ordentlichen Bundeskongresses des DGB 2018 – Antrag A001
  - Wir rufen die Politik und die Arbeitgeber auf, mit uns ein Gesamtkonzept zur Förderung demokratischer Einstellungen und Verhaltensweisen zu entwickeln und die Wirkung politischer Bildungs- und Aufklärungsarbeit, insbesondere auf der Ebene von Betrieben, Verwaltungen und Bildungseinrichtungen, zu verbessern.
  - **Für den DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften ist eine Zusammenarbeit mit Parteien oder Organisationen, die rassistische oder demokratiefeindliche Positionen vertreten oder Gewaltbereitschaft fördern, ausgeschlossen.**

# SITUATION NACH THÜRINGEN

- Aktuelle Resolution des DGB-Bundesvorstands, 11.2.2020
  - Der Tabubruch bei der Ministerpräsidentenwahl in Thüringen markiert für uns Gewerkschaften einen Tiefpunkt in der demokratischen Nachkriegsgeschichte Deutschlands. Die von dem Faschisten Höcke angeführte AfD in Thüringen führt die demokratischen Parteien vor und zielt darauf, demokratische Institutionen zu diskreditieren. Dem stellen wir uns entgegen. Wir Gewerkschaften und alle Demokratinnen und Demokraten in unserem Land sind gefordert, klar Position zu beziehen.
  - Die demokratischen Parteien müssen jetzt klare Kante zeigen. Sie müssen die eigenen Reihen gegen die AfD geschlossen halten. Die völkischen Nationalisten missbrauchen unsere Demokratie und unsere Parlamente für ihre demokratiegefährdende Politik, um gezielt den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu zerstören. Deshalb gilt: Wer die AfD als Mehrheitsbeschaffer vor den eigenen parteipolitischen Karren spannt, kann für sich nicht mehr in Anspruch nehmen, für die demokratische Mitte unserer Gesellschaft zu sprechen. (...)

# SITUATION NACH THÜRINGEN

- Aktuelle Resolution des DGB-Bundesvorstands, 11.2.2020
  - Deshalb rufen wir Gewerkschaften die demokratischen Parteien überall dazu auf, sich endlich glaubwürdig von der AfD zu distanzieren. Die Wählerinnen und Wähler müssen sich darauf verlassen können, dass sie mit ihrer Stimme für klare demokratische Mehrheitsverhältnisse sorgen und damit Regierungen von AfD-Gnaden verhindern können.
  - Worum es geht, ist die Verteidigung des demokratischen Grundkonsenses, der unsere Gesellschaft zusammenhält – mit friedlichen Mitteln! Wir stehen für eine kritische Debattenkultur. Sie prägt unsere Demokratie. Was wir ablehnen, sind Angriffe gegen Personen und Sachbeschädigungen.

# HANDLUNGSHILFE

## Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus und extremer Rechter Handlungshilfe



### Inhalt

I. Einleitung.....	1
II. Gewerkschaftliche Grundwerte: Kein Platz für Rassismus.....	2
III. „Alternative für Deutschland“: National und neoliberal.....	3
IV. Mediale Netzwerke und Medienstrategie der AfD.....	5
V. Umgang mit der AfD und ihren Funktionären.....	7
1. Teilnahme an DGB-Veranstaltungen.....	7
2. Diskussionsveranstaltungen im Vorfeld von Wahlen.....	7
3. Veranstaltungen rechtspopulistischer oder rechtsextremer Parteien und Gruppierungen.....	8
4. Teilnahme an Veranstaltungen von Dritten.....	8
5. Stellungnahmen, Positionspapiere des DGB und Anhörungen.....	9
6. Netzwerke zur Interessenvertretung.....	9
7. Veranstaltungen und Kundgebungen des DGB.....	10
VI. Anhang.....	10
1. Umgang mit rechtspopulistischen Äußerungen und Anfeindungen.....	11
2. Beratungs- und Unterstützungseinrichtungen.....	12
3. Rat und Tat gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus.....	12
4. Versammlungsrechtliche Rechte und Pflichten der Veranstalter/Innen öffentlicher Versammlungen unter freiem Himmel – Ein Überblick.....	14
5. Studien zum Themenkomplex Rechtspopulismus/Rechtsextremismus.....	16
6. Informationen zu den „Arbeitnehmer_Innen-Organisationen“ in der AfD.....	18
7. Überblick über die Ausschlussregelungen in den Satzungen der Gewerkschaften.....	23
8. Literatur.....	26
9.....	27
10.....	28

### Impressum

Herausgeber:  
DGB-Bundesvorstand  
verantwortlich:  
Annelie Buntenbach

Stand: Januar 2010

# HANDLUNGSHILFE

- 1. Halbjahr 2020: Überarbeitung – wir ergänzen derzeit die Beschlüsse der IG Metall und von ver.di (ggf. Einarbeitung der IGM-Richtlinie, sofern sie bis Frühjahr beschlossen ist)
- Im Kern:
  - Der DGB lädt die AfD nicht zu eigenen Veranstaltungen ein
  - Der DGB nimmt nicht an Veranstaltungen von AfD und extremer Rechter teil; Einladungen weisen wir zurück
  - Der DGB bewertet im Einzelfall, ob er an Veranstaltungen Dritter teilnimmt, zu denen auch die AfD eingeladen ist (Beispiel: Podiumsdiskussion)
  - Keine Normalisierung der AfD!

## DANKE FÜR DEINE AUFMERKSAMKEIT!

DGB-Bundesvorstand  
Henriette-Herz-Platz 2  
10178 Berlin  
030/240600  
[Info.bvv@dgb.de](mailto:Info.bvv@dgb.de)

Christoph Hoeft (Abt. GEG)  
Fabian Wagner (VB 04)  
Marc Neumann (VB 04)

redenwirueber.de  
#RedenWirÜber